

15.11.2011 - Universitäten / Studenten / ÖH / Rektoren / Töchterle

Unis: Voranmeldung fällt, Studienberatung bleibt weiter freiwillig

Utl.: ÖH, Rektoren und Ministerium schließen Kompromiss -
Zulassungsfrist österreichweit einheitlich vorverlegt -
Studienberatung wird doch nicht verpflichtend=

Wien (APA) - Die erstmals verpflichtende Uni-Voranmeldung war für die Studenten "der Flop des Jahres", die geplante verpflichtende Studienberatung wurde von den Rektoren in ihrer Sinnhaftigkeit angezweifelt. Nun werden beide Projekte nach wochenlangen Verhandlungen mit der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) und der Universitätenkonferenz (uniko) in der vom Wissenschaftsministerium angedachten Form verworfen. Der Kompromiss: Eine vorverlegte Inskriptionsfrist und ein Ausbau der bestehenden Studienberatung. "Aus Fehlern soll man lernen, das haben wir getan", sagte Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (V) bei der gemeinsamen Präsentation am Dienstag.

"Die Uni-Voranmeldung hat ihr wichtigstes Ziel, erhöhte Planbarkeit zu schaffen, nicht erreicht", so Töchterle, "weil sich Studenten an beliebig vielen Universitäten anmelden konnten." Als "prognosestärkere Regelung" wurde nun die Zusammenlegung von Voranmeldung und Inskriptionsfrist auf ein Datum beschlossen: Bis spätestens 5. September müssen sich Studierwillige für das Wintersemester inskribieren, bis 5. Februar für das Sommersemester. Das Ende der Zulassungsfrist war bisher an jeder Uni unterschiedlich geregelt und lag im Wintersemester zwischen Ende September und Ende Oktober. Künftig soll das Ende österreichweit einheitlich festgesetzt sein.

"Wir rechnen damit, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt 90 Prozent der Studierwilligen erfassen können", so Margret Friedrich, Vizerektorin an der Uni Innsbruck und Vorsitzende des "Forums Lehre" der uniko. Damit sei auch eine verstärkte Planungssicherheit gewährleistet. In klar definierten Ausnahmefällen soll die Nachfrist bis 30. November weiterhin gelten - etwa für Studienanfänger, die Zivildienst oder ein freiwilliges soziales Jahr im Ausland leisten. "Damit wollen wir sicherstellen, dass es keinen Studierwilligen gibt, der wegen der vorverlegten Frist nicht studieren kann", so ÖH-Vorsitzende Janine Wulz (Grüne und Alternative StudentInnen, GRAS).

Wulz begrüßte vor allem den gemeinsam gestalteten Ausbau der Studienberatung - "einer der Kernpunkte der ÖH seit vielen Jahren".

Das Ministerium hatte eine verpflichtete Studienberatung für alle Uni-Anfänger ab 2012 geplant. Nachdem die Reaktionen von Hochschulpartnern auf die in Begutachtung geschickte Verordnung jedoch ob des bürokratischen Mehraufwands "sehr kritisch" waren, so Töchterle, habe man sich auf einen Ausbau in jenen Bereichen geeinigt, "wo sie bereits kompetent durchgeführt wird".

Geplant ist etwa die Ausweitung des "Studienchecker"-Programms in den oberen Klassen der AHS und berufsbildenden höheren Schulen (BHS), der ÖH-Maturantenberatung sowie der begleiteten Vorlesungsbesuche im Rahmen von "Studieren probieren". Auch eine Kooperation mit dem Bundesheer, das Grundwehrdienern die Studienberatung während des Präsenzdienstes ermöglichen will, und ein Relaunch der Info-Webseite "<http://www.studienwahl.at>" sind geplant. Das Ministerium will für den Vollausbau insgesamt rund 1,25 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Um die nun getroffene Einigung zwischen Ministerium, ÖH und uniko auch gesetzlich umzusetzen, fehle noch die Abstimmung mit dem Koalitionspartner, betonte Töchterle. Der Ausbau der Studienberatung ist bereits im Gange, die Neuregelung der Inskription ist für das Wintersemester 2012 angedacht. Eine Lösung für das kommende Sommersemester betreffend der von ÖH und uniko abgelehnten Voranmeldung soll in Gesprächen mit der SPÖ gefunden werden, heißt es aus dem Ministerium.

(Schluss) pra/jle/mk

APA0279 2011-11-15/12:32

151232 Nov 11

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.